



Zeichnung: J. Tscheiepanow (entnommen aus „Prawda“)

der Werktätigen gegenüber. Ein angebliches Recht auf soziale Sicherheit, in vergangenen Jahrzehnten im Kapitalismus eine scheinbare Realität, existiert heute nicht einmal mehr in Illusionen. Statt sozialer Sicherheit ist sozialer Abbau auf der Tagesordnung.

Während mit den Steuergeldern der Massen die Rüstungsproduktion, die Kernenergie und einige wenige andere hochmonopolisierte Wirtschaftszweige staatlich gefördert werden, bleiben solche gesellschaftlich wichtigen Bereiche wie Bildungswesen, Gesundheitsvorsorge, öffentlicher Nahverkehr, Städterhalt und Umweltschutz hoffnungslos auf der Strecke. Besonders schwer trifft es kinderreiche Familien, Rentner, Arbeitslose - also die unteren Schichten, wie sie in den kapitalistischen Ländern offiziell heißen.

In fast allen kapitalistischen Ländern sinken seit 1980 die Reallöhne der Arbeiter und Angestellten. In den USA werden sogar die Gewerkschaften gezwungen, sich gegen vage Zusagen eines möglichen Erhaltes von Arbeitsplätzen mit

längeren Lohnverlusten, mit dem Verzicht auf erkämpfte vorteilhafte Urlaubsregelungen und ähnlichem einverstanden zu erklären. „Sozialer Besitzstand“, „Sozialstaatliche Pflicht“, „Wohlfahrtsstaat“, „Netz sozialer Sicherheit“ - solche und ähnliche in kapitalistischen Ländern jahrelang hochgejubelte Begriffe kommen auf den Müll.

Die Methoden des Vorgehens des Monopolkapitals in den einzelnen kapitalistischen Ländern mögen unterschiedlich sein. In ihrem Ziel sind sie sich gleich. Es geht darum, die gewerkschaftlichen und anderen demokratischen Rechte einzuschränken oder besser noch ganz zu beseitigen. Ob die Zerschlagung der Fluglotsen-Gewerkschaft in den USA, das neue britische Antigewerkschaftsgesetz oder die gewerkschaftsfeindliche Aussperungs-„Recht“sprechung in der BRD - alles geht in eine Richtung: Um Maximalprofite zu sichern, sollen die erkämpften, zugestandenen bürgerlichen und gewerkschaftlichen Rechte weichen, soll freie Bahn für die Verwirklichung der ag-

gressiven, menschenfeindlichen Ziele des Imperialismus geschaffen werden.

Aber diese imperialistische Politik der Hochrüstung und Konfrontation stößt zunehmend auf den Widerstand der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern. Die Erkenntnis, daß nur im Frieden die Lebensinteressen der Werktätigen, vor allem das Recht auf Leben, auf Arbeit und soziale Sicherheit gewahrt werden können, ließ in den kapitalistischen Ländern eine starke, Vertreter aus allen sozialen Schichten in sich vereinende Friedensbewegung entstehen.

In ihrem Kampf läßt sie sich zunehmend von der Erkenntnis leiten, daß die Lebensinteressen der Werktätigen zu sichern verlangt, das Wettrüsten einzustellen und den Kurs der Konfrontation zu beenden. Denn, so wird oft als ein Motiv für den Friedenskampf formuliert, „die Rüstung tötet auch ohne Krieg“.

Ja, die imperialistische Hochrüstungspolitik ist auch schon dann, wenn die Waffen noch schweigen, im höchsten Maße unmenschlich. Schon hier schränkt sie die Existenzbedingungen der Menschen ein, hat sie Elend, Leid und den Tod Tausender Werktätiger zur Folge.

Aber ständig muß sich die Menschheit bewußt sein, daß die dem Imperialismus wesen eigene Gier nach Macht und Weltherrschaft, nach Rohstoffquellen und Absatzmärkten, nach Gewinnen auch das Geschäft mit dem Tode nicht ausschließt. Für Höchstprofite sind die Rüstungsmultis zu jedem Verbrechen, auch zur Entfesselung eines weltweiten Krieges, fähig. Das macht sie zur heute höchstgradigen Bedrohung und Herausforderung für die ganze Menschheit.

Dr. Joachim Hoffmann
Institut für Internationale
Politik und Wirtschaft